Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6457

14. 02. 90

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD

Zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Erklärung von Generalsekretär Gorbatschow, daß es Sache der Deutschen sei, über ihre Einheit, deren staatliche Organisation und den zeitlichen Ablauf des Einigungsprozesses zu entscheiden. Zu Recht ist in Moskau auch festgehalten worden, daß sich die deutsche Einigung in die Architektur Europas einfügen muß.

Zu klären bleibt, wie die Bündnisbeziehungen eines vereinten Deutschlands im konkreten gestaltet werden sollen. Hier müssen Regelungen getroffen werden, die den Sicherheitsinteressen aller KSZE-Staaten, auch der Sowjetunion, Rechnung tragen und die zugleich einen Schritt zur Schaffung einer europäischen Friedensordnung darstellen, in der die vorhandenen Bündnisse aufgehen. Die wirtschaftliche und politische Integration der Europäischen Gemeinschaft muß unvermindert fortgesetzt und intensiviert werden.

Die KSZE-Staaten sind aufgerufen, auf einer Gipfelkonferenz noch in diesem Jahre die Grundzüge einer europäischen Friedensordnung festzulegen. Diese Friedensordnung wird um so eher erreichbar sein, je rascher und radikaler die Abrüstung voranschreitet. Aufgabe der KSZE-Gipfelkonferenz wird es auch sein, die Einbettung der deutschen Einigung in das Zusammenwachsen Europas zu bekräftigen. Im Hinblick darauf fordert der Deutsche Bundestag die Regierungen der beiden deutschen Staaten auf, gemeinsam mit den Regierungen der Vier Mächte zügig zukunftweisende Lösungen zu erarbeiten.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle noch bestehenden Unklarheiten in der Frage der polnischen Westgrenze auszuräumen. Deshalb sollten die beiden deutschen Staaten nach freien Wahlen in der DDR die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der polnischen Westgrenze gemeinsam bekräftigen.

Die Bundesregierung hat es unterlassen, durch mögliche Sofortmaßnahmen die Lage in der DDR zu stabilisieren. Sie muß jetzt unverzüglich ausreichende Finanzmittel bereitstellen, um insbe-

sondere zur kurzfristigen sozialen Sicherung und zur sofortigen Verbesserung der wirtschaftlichen Erwartungen in der DDR beizutragen.

Die Gespräche der Bundesregierung mit der Ostberliner Regierung in Bonn haben keine praktischen Fortschritte erbracht. Die hohen Erwartungen, die der Bundeskanzler bei seinem letzten Treffen mit Herrn Modrow in Dresden geweckt hatte, sind enttäuscht worden.

Mit der neuen, demokratisch legitimierten DDR-Regierung müssen sogleich Verhandlungen über ein konkretes Einigungskonzept aufgenommen werden, das den Wünschen und Vorstellungen der Menschen in der DDR und bei uns Rechnung trägt und die europäischen Realitäten im Auge behält. Bei der raschen Herbeiführung der Einheit müssen die Gebiete im Vordergrund stehen, die für das tägliche Leben der Menschen ausschlaggebend sind – also insbesondere das Gebiet der Wirtschaft, der Währung, der sozialen Sicherheit, des Verkehrs und der Umwelt.

Auf der Tagesordnung stehen jetzt Grundfragen unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung und unserer nationalen Einheit. Dies erfordert die enge Zusammenarbeit aller politischen Kräfte.

Bonn, den 14. Februar 1990

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333